

Niederschrift

über die in der 07. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 10.12.2015 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Be- schlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 13:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 14:04 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 14:04 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 14:05 Uhr

anwesend sind

Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Klinkhammer, Robert	Rees
Mailänder, Josef	Straelen
Palmen, Manfred	Kleve
Poell, Peter	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Wolters, Stephan	Geldern
van Ooyen, Alfons	Weeze
Friedmann, Peter	Rees
Ketelaers, Dirk	Rheurdt
Weber, Otto (Vorsitzender)	Straelen
Maes, Georg	Bedburg-Hau
Wesser, Helmut	Rees
Preußner, Hans-Jürgen	Geldern
Währisch-Große, Elke	Rheurdt
Habicht, Kai	Kerken

entschuldigt sind

Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Eicker, Sigrid	Geldern
Jessner, Udo	Emmerich am Rhein
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Hünerbein-Ahlers, Ulrich	Kevelaer

anwesend sind von der Verwaltung

Landrat Wolfgang Spreen
Dr. Reynders, Hermann
Bäumen, Thomas
Baetzen, Jürgen
Hermsen, Ralf (als Schriftführer)

Öffentliche Sitzung

1. Landesplanung
Stellungnahme der Verwaltung zum überarbeiteten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)
2. Mitteilungen
3. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

4. Mitteilungen
5. Anfragen

- - - - -

Der Vorsitzende begrüßt zu Beginn der Sitzung die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste. Zu den Gästen gehört auch Herr Michael Heinrichs, der in der heutigen Kreistagssitzung zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung bestellt werden soll.

Anschließend stellt der Vorsitzende fest, dass die Einladung zur Sitzung und Information der Öffentlichkeit ordnungsgemäß erfolgt sind und der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Die Frage des Vorsitzenden an die Ausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zum Tagesordnungspunkt für befangen hält, wird von allen Ausschussmitgliedern verneint.

Da Herr Hünerbein-Ahlers erneut entschuldigt ist und die Niederschrift nicht mitunterzeichnen kann, schlägt Herr Weber Herrn Klinkhammer als Mitunterzeichnenden vor. Der Ausschuss stimmt zu.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der sachkundige Bürger Dirk Ketelaers vom Vorsitzenden durch Abnahme der Verpflichtungserklärung und Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 368 /WP14

Landesplanung
Stellungnahme der Verwaltung zum überarbeiteten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

Aufgrund der knapp bemessenen Zeit, wird auf eine Erläuterung der Vorlage verzichtet.

Freiherr von Elverfeldt bedankt sich für die von der Verwaltung ausgearbeitete Stellungnahme und erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er weist zunächst auf die aus Sicht des Kreises Kleve positiv zu wertenden Änderungen im neuen Entwurf des LEP hin, zu denen auch die erste Stellungnahme des Kreises Kleve beigetragen habe. Zu den positiven Änderungen zählen insbesondere die neue Einstufung des Emmericher Hafens als landesbedeutsam und die für Allgemeine Siedlungsbereiche aufgenommene Ergänzung, die auch kleineren Ortsteilen zu einem etwas größeren Planungsspielraum verhelfen werde. Negativ hervorzuheben seien hingegen die unveränderte Einstufung des Airport Weeze als nur regional bedeutsam und die Streichung der ursprünglich für den Bereich Rohstoffversorgung vorgesehenen „Tabugebiets-Regelungen“. Die Stellungnahme der Verwaltung werde diesbezüglich unterstützt.

Herr Friedmann erklärt für die Kreistagsfraktion der SPD, dass diese der Stellungnahme nicht zustimmen werde. Zwar werde der geforderte sparsame Umgang mit den Ressourcen „Kies und Sand“ positiv gewertet, jedoch könnten die für im Freiraum liegende Konversionsflächen angestrebten flexibleren Folgenutzungsmöglichkeiten nicht mitgetragen werden. Hier dürfe ausschließlich der Rekultivierungsgedanke im Vordergrund stehen. Zudem müsse vor dem Hintergrund des Projekts „Energiewende“ auch eine Nutzung von Waldflächen als Windkraftanlagen-Standorte möglich sein. Ebenso würden die Bedenken gegen die Überplanung des Bereichs Emmericher Eyland/Bylerward als Überschwemmungsbereich bzw. Retentionsraum nicht mitgetragen, da die Schaffung von Retentionsflächen gerade für den Niederrhein höchste Priorität habe.

Herr Preußner teilt mit, dass auch er sich der Stellungnahme nicht anschließen könne. Insbesondere sei aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar, wieso die Streichung des Ziels „Klimaschutzplan“ begrüßt würde und das Kapitel „Klimaschutz“ für entbehrlich gehalten werde.

Herr Dr. Reynders erläutert hierzu, dass es sich bei dieser Beurteilung um eine logische Schlussfolgerung handele. Die Streichung der Zielsetzung war unter anderem Folge der zu diesem Themenbereich erfolgten Stellungnahmen von Städtetag und Landkreistag. Beim Belang „Klimaschutz“ handele es sich um einen Belang ohne konkreten Raumbezug. So gebe es beispielsweise auch keinen Abschnitt im LEP zum Thema „Bildung und Gesundheit“. Zielen ohne konkreten Raumbezug sei entsprechend der Systematik des LEP in den einschlägigen anderen Kapiteln Rechnung zu tragen.

Herr Wesser erklärt, dass sich auch die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stellungnahme nicht anschließen werde. Vor dem Hintergrund der noch laufenden Verhandlungen in Paris („Klimagipfel 2015“) halte er die Streichung des Ziels für unverantwortlich. Auch der zum Themenbereich „Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung“ geltend gemachte Zuschlag von mindestens 20 % würde nicht mitgetragen, da dies einer freiraumschonenden Siedlungsentwicklung widerspreche. Die steuernden Regelungen zur Rücknahme nicht mehr benötigter Siedlungsräume dürften keiner Abwägung unterliegen. Begrüßt würden die Ausführungen zur restriktiven Nutzung von Waldflächen. Hingegen sei die geforderte Einstufung des Airport Weeze als landesbedeutsam nicht nachvollziehbar.

Herr Selders nimmt anschließend Bezug auf die dem Fachausschuss von der SPD-Fraktion vorgelegte Stellungnahme und bezeichnet diese als Zumutung. Zwar solle nach der Formulierung dieser Stellungnahme über deren Inhalt im Ausschuss beraten werden, jedoch würde dem Entwurf der Stellungnahme zum LEP unabhängig vom Beratungsergebnis nicht zugestimmt. Herr Selders weist weiter darauf hin, dass die in der Stellungnahme der SPD-Fraktion enthaltene kritische Anmerkung zum Thema „Fracking“ nicht nachvollzogen werden könne. Die Formulierung „Ausschluss von Fracking in unkonventionellen Lagerstätten“ sei von der Staatskanzlei ausgearbeitet worden. Wenn nun ein absoluter Ausschluss gewünscht werde, müsse man sich an die eigene Partei wenden.

Anschließend greift auch Herr Poell die Stellungnahme der SPD-Fraktion auf und bittet mit Hinweis auf die geforderte Beschränkung der Umwandlung von Konversionsflächen im Außenbereich

in Industrie- und Gewerbeflächen um eine Antwort auf die Frage, ob diese Forderung auch für das ehemalige Depot Hommersum gelte.

Nach einem sich anschließenden kurzen Wortwechsel, inwieweit hierzu eine vertiefende Diskussion geführt werden müsse, erklärt Herr Friedmann, dass Konversionsflächen grundsätzlich der Landschaft zurückgegeben werden sollten. Auf ein einzelnes Projekt solle nicht eingegangen werden.

Herr Palmen merkt an, dass er diese Sichtweise nicht nachvollziehen könne. Anschließend zitiert er Zahlenangaben des Statistischen Landesamtes zum Flächenverbrauch in ganz NRW und im Kreis Kleve. Hieraus lasse sich ablesen, dass der Flächenverbrauch im Kreis Kleve deutlich unter dem Landesdurchschnitt liege. Die in der SPD-Stellungnahme enthaltene Äußerung, der Kreis Kleve müsse gemeinsam mit den zugehörigen Städten und Gemeinden eine Flächenverbrauchsstrategie entwickeln, sei daher unverständlich. Hierbei handele es sich um eine Landessache, die über den LEP geregelt würde.

Herr Habicht erklärt, dass er der Stellungnahme der Verwaltung zustimmen werde. Insbesondere begrüße er die Anmerkung zum derzeitigen Zuzug von Menschen aus Krisenländern, der zeige, wie wichtig ein flexibler Gestaltungsspielraum sei. Auch die Ausführungen zum Schutz des Waldes sowie zur Überplanung des Bereichs Emmericher Eyland/Bylerward als Überschwemmungsbereich teile er. Gleiches gelte für die Einstufung des Airport Weeze als landesbedeutsam, wenngleich sich die Frage stelle, was passiere, wenn den diesbezüglichen Bedenken weiterhin nicht Rechnung getragen werde. Abschließend erkundigt er sich nach den ursprünglich geäußerten Bedenken wegen des befürchteten Eingriffs in vertragliche Regelungen zur Abfallbeseitigung sowie nach der Bedeutung der angestrebten Begrenzung des Versorgungszeitraums für Lockergestein auf 15 Jahre.

Herr Dr. Reynders erläutert, dass sich die heutige Diskussion auf ein „Anschlussverfahren“ beziehe. Zum ursprünglichen LEP-Entwurf habe der Kreis Kleve bereits vor 2 Jahren eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Diese liege der heutigen Vorlage mit den zugehörigen Erwiderungen der Staatskanzlei in Form einer Synopse bei. Aus den Erwiderungen der Staatskanzlei könne abgelesen bzw. abgeleitet werden, zu welchen Punkten eine nochmalige Stellungnahme sinnvoll bzw. erforderlich sei und zu welchen Punkten eine (erneute) Überarbeitung eher ausgeschlossen werden könne. In jedem Fall würden die Punkte wiederholt angesprochen, die aus Sicht des Kreises Kleve nach dem ersten Beteiligungsverfahren zu wenig Berücksichtigung fanden, ohne dass hierzu eine nachvollziehbare Begründung abgegeben worden sei. Hierzu zähle insbesondere die weiterhin geplante Einstufung des Airport Weeze als lediglich regional bedeutsam. Auch der Versorgungszeitraum für Lockergestein werde nochmals aufgegriffen, da das Thema „Aus Kiesungen“ im Kreis Kleve bekanntermaßen ein Dauerthema sei. Bei der Festlegung eines Versorgungszeitraums handele es sich um einen lenkenden Planungsansatz zur Steuerung gegensätzlicher Interessen. Die Ausweisung eines größeren Versorgungszeitraums bewirke, dass mehr Flächen für Abgrabungen ausgewiesen werden müssten. Eine Verkürzung des Versorgungszeitraums ermögliche somit eine restriktivere Steuerung von Abgrabungen. Herr Dr. Reynders weist anschließend auf die mit der ersten Stellungnahme erreichten Erfolge hin, die auch im Fachausschuss positiv aufgenommen worden seien. Er merkt an, dass diese Stellungnahme auch von der SPD-Fraktion mitgetragen worden sei. In diesem Sinne wirbt er auch für die neue Stellungnahme, die ebenso zu weiteren positiven Ergebnissen führen könne. Anschließend hebt er die Bedeutung eines Mindestmaßes an kommunaler Gestaltungsfreiheit hervor. In diesem Sinne sei auch die Anregung zu im Freiraum liegenden Konversionsflächen zu verstehen. Aus der Anregung lasse sich keinesfalls der Umkehrschluss ableiten, grundsätzlich eine gewerbliche Folgenutzung anzustreben. Es gelte jedoch, ein Minimum an Flexibilität im Rahmen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts zu sichern. Dies gelinge nur, wenn gewisse Planungsspielräume erhalten blieben.

Abschließend erläutert Herr Dr. Reynders nochmals die insbesondere im Vergleich zum Flughafen Münster weiterhin nicht nachzuvollziehende Einstufung des Airport Weeze als lediglich regional-

bedeutsam. Die Forderung nach einer entsprechenden Änderung müsse daher erneut geltend gemacht werden.

Herr Preußner merkt anschließend an, dass der Airport Weeze aus seiner Sicht keine bedeutende Rolle spiele. Weder die Passagierzahlen noch die Arbeitsplatzsituation ließen eine andere Einschätzung zu.

Frau Währisch-Große weist darauf hin, dass in der ganzen LEP-Diskussion die Armen und Schwachen zu wenig berücksichtigt würden. Es fehle an einem „philosophischen Überbau“.

In der folgenden Diskussion werden nochmals die unterschiedlichen Standpunkte zum Entwurf der von der Verwaltung ausgearbeiteten Stellungnahme, zu den in der Stellungnahme der SPD-Fraktion hierzu angesprochenen Kritikpunkten sowie im Speziellen zu den Themenbereichen „Klimaschutz“ und „Verkehr und Transport“ (Airport Weeze) deutlich.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit beendet der Vorsitzende die Diskussion und bittet, über den Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des von ihr erstellten Entwurfs gegenüber der Landesregierung eine Stellungnahme zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans abzugeben.